

Fragestunde mit zwei Mitgliedern des Nürnberger Stadtrats

Noch im alten Jahr fand im Hinblick auf die Kommunalwahl am 08.03.2026 eine Fragestunde zwischen einer Stadträtin der SPD, Aynur Kir, und dem einzigen Stadtratsmitglied der FDP in der Stadt Nürnberg, Ümit Sormaz, statt. Ziel der Veranstaltung war es, politische Positionen zu aktuellen kommunalen Themen darzustellen und Fragen der Schülerinnen und Schüler zu beantworten. Geleitet wurde die Veranstaltung von der stellvertretenden Schulleiterin, Frau Claudia Belzer.

Zu Beginn stellten die beiden gewählten Kommunalpolitiker ihren Werdegang vor und berichteten, dass sie sich aus Überzeugung für die Belange der Stadt engagieren. Ein gewählter Stadtrat übt seinen Beruf während seiner Amtszeit weiterhin aus und erhält für seine geleistete politische Arbeit eine Aufwandsentschädigung. Diese Einkünfte sind jedoch steuerpflichtig.

Ein zentrales Thema der Diskussion war die Verkehrspolitik. Besonders der Vertreter der FDP setzte hier klare Schwerpunkte. Diskutiert wurde vor allem die Parksituation in der Südstadt und im Nibelungenviertel. Viele Anwohnerinnen und Anwohner beklagen dort eine angespannte Parkplatzlage und ein hohes Verkehrsaufkommen. Die FDP betonte die Bedeutung des Individualverkehrs und sprach sich für Maßnahmen aus, die den Parkraum sichern und den Verkehrsfluss verbessern sollen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Idee einer Untertunnelung angesprochen, um bestimmte Bereiche zu entlasten und Staus zu reduzieren. Die SPD verwies hingegen stärker auf eine ausgewogene Verkehrspolitik, die auch alternative Mobilitätsformen berücksichtigt.

Ein weiteres Thema war die Sperrmüllproblematik. Hier ging es um organisatorische Fragen bei der Abholung sowie um illegale Müllablagerungen im Stadtgebiet. Beide Parteien erkannten Handlungsbedarf an, unterschieden sich jedoch in der Gewichtung von Kontrollen, Prävention und Serviceverbesserungen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde das politische Engagement auf kommunaler Ebene thematisiert. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere Politikerinnen und Politiker zunehmend Ziel von Anfeindungen und Drohungen werden. Als Beispiel wurde ein Drohbrief erwähnt, den eine Kommunalpolitikerin erhalten hatte. In diesem Schreiben hieß es unter anderem:

„Wenn Sie Ihre Politik nicht ändern, werden Sie die Konsequenzen spüren. Wir wissen, wo Sie arbeiten.“

Solche Formulierungen zeigen, wie persönlich und einschüchternd Angriffe auf Mandatsträgerinnen und Mandatsträger geworden sind. Beide Anwesenden betonten, dass derartige Drohungen in einer Demokratie keinen Platz haben und dass politisches Engagement Respekt und Schutz verdient.

Im abschließenden Fazit der Schülerinnen und Schüler wurde jedoch kritisch angemerkt, dass die Diskussion insgesamt sehr stark auf Verkehrspolitik und insbesondere auf Autoverkehr fokussiert war. Fragen zur Fahrradpolitik wurden kaum behandelt oder nicht ausreichend beantwortet. Insgesamt entstand der Eindruck, dass vor allem die FDP ihren Schwerpunkt deutlich auf Verkehrsthemen legte, während andere politische Bereiche weniger Beachtung fanden.